

FDGB will Sozialversicherung sprengen

Krankengeld nach Leistungsprinzip — Renten werden Almosen

Auf dem letzten FDGB-Bundeskongreß war beschlossen worden, die Zentralverwaltung der Sozialversicherung endgültig in den Bundesvorstand der kommunistischen Staatsgewerkschaften zu überführen. Damit würden nach sowjetischem Vorbild künftig die einzelnen Industriegewerkschaften Versicherungsträger werden. Eine im Aufbau befindliche „Abt. Sozialversicherung“ wird zu diesem Zweck jetzt sowohl beim Bundesvorstand als auch bei den Bezirksvorständen des FDGB gebildet. Gleichzeitig wird überprüft, wie hoch die einzelnen Sozialversicherungs-Gruppen vom Staat subventioniert werden, um „zu unrentable Versicherungsnehmer“ gegebenenfalls aus der Sozialversicherung auszuklammern und zu gleichen oder höheren Beitragssätzen einer anderen „Staatlichen Krankenversicherung“ zuzuschieben.

Wie dazu bekannt wird, sollen spätestens bis Anfang 1958 alle Unterstützungskategorien mit Ausnahme der Gruppe „Arbeiter und Angestellte“ aus der Sozialversicherung herausgenommen werden. Besondere staatliche Versicherungsgesellschaften werden — zu neuen Beitragssätzen — den Krankenschutz dieser Gruppen übernehmen.

Wie in der Sowjetunion werden die in der Sozialversicherung verbliebenen Arbeiter und Angestellten dann nicht mehr gleichberechtigt sein. Da die Industriegewerkschaften Versicherungsträger geworden sind, dominieren Planrückichten und Leistungsprinzip. Das heißt: Die Angehörigen der Schwerindustrie erhalten höhere Leistungssätze und einen differenzierteren Versicherungsschutz als beispielsweise die der für das System weniger wichtigen Leichtindustrie. Und der Hauptpunkt: Die Angehörigen der für den Staat wichtigsten Produktionszweige erhalten besondere Rentenansprüche, die nach Art und Bedeutung des Betriebes gestaffelt sind!

Dadurch aber wird die Masse der Sozialversicherten auf ein denkbar niedriges Niveau ge-

drückt. Denn der Staat will ja gerade seine bisher noch für die Sozialversicherung gezahlten Subventionen streichen. Besonders kraß werden die Auswirkungen dieser Pläne beim Thema Renten sein: Es würde eine Art Grundrente geben, zu der — je nach Bedeutung des Produktionszweiges — die entsprechenden Zusatzrenten aufgestockt werden müßten. So kann es passieren, daß zwei Arbeiter, die dreißig Jahre lang gleiche Sozialversicherungsbeiträge abgeführt haben, völlig auseinandergehende Rentenansprüche haben, weil der eine sein Geld im „Eisenhüttenkombinat Ost“, der andere aber in einem weniger wichtigen Privatbetrieb verdiente.

„Staatliches Rentenkomitee“

Bereits im Juli wurde dazu die geplante Bildung eines „Staatlichen Rentenkomitees“ bekannt, das seine Tätigkeit bis zum Januar 1958 aufnehmen soll. Diese Institution soll die Rentenzahlung auf der Basis staatlicher Versorgung organisieren. Wer also sein ganzes Leben lang Versicherungsmarken klebte, sieht sich dann in die Lage eines Sozialunterstützten versetzt, dem sein alter Betrieb, wenn er ihm zufriedienstellend diente, sozusagen als

Lebensprämie eine Rentenaufstockung gewährt!

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Vorbereitung solcher Maßnahmen in den Betrieben bekannt geworden ist. Zumal gleichzeitig der FDGB eine Großkampagne gegen „Bummelanten und Saisonkranke“ führt. Denn das ist ja der zweite und vielleicht wichtigste Sinn des gegen die Sozialversicherung gerichteten Schlags: Der FDGB will die allseitige Kontrolle über den Arbeiter in den Schwerpunktbetrieben gewinnen! Heute ist es mitunter noch einmal möglich, vor dem physischen Zusammenbruch eine Krankschreibung zu erreichen und den Betrieb nicht eher wieder zu betreten, als der behandelnde Arzt dies verantworten kann. Morgen, nach der Zerschlagung der Sozialversicherung durch den FDGB, wird das Kranksein durch eine Staffelfung des Krankengeldes nach dem Ermessen der Betriebsgewerkschaftsleitung zu teuer werden!

Krankheit vorgeplant

Es ist eine für den Menschen im Westen unvorstellbare Tatsache, daß die volkseigenen Betriebe in ihren Jahresplan beispielsweise eine Krankenziffer aufnehmen, die unbedingt eingehalten werden muß. So hat der VEB XY dann die Möglichkeit, im Planjahr eine gewisse Zahl an durch Krankheit versäumter Arbeitsstunden abzubuchen. Wird diese Zahl überschritten, gerät die Planerfüllung in Verzug. Da sich die Gesundheit eines Arbeiters aber nicht auf betrieblicher Ebene einplanen läßt, vor allem nicht da, wo man sie laufend untergräbt, kommt es zu Härten, die mit der Diffamierung des Krankengeschriebenen enden.

J. B. Gradl:

Welt in Unruhe

Die vergangene Woche hat gezeigt, wie schwierig die Weltlage ist. Kaum war die Spannung in Korea und Indochina vermindert, fing es an anderen Stellen um so heftiger an. Algerien und Marokko stehen natürlich im Vordergrund, denn dort ist mit viel Blut die Bedeutung unterstrichen worden. Aber im Nahen Osten — zwischen Israel und Ägypten — ist die Gefahr offenbar auch größer als allgemein angenommen. Und in Zypern stellt sich eine Aufgabe, die angesichts der Notwendigkeit, Griechen, Türken und britisch-westliche Nahostinteressen unter einem Hut zu halten, der Quadratur des Zirkels ähnelt. Von all den anderen latenten Konflikttherden ganz zu schweigen. Der britische Staatssekretär Nutting sagte vor einigen Tagen bei der Abreise zu den wieder beginnenden Abrüstungsverhandlungen: „Wir tappen alle im dunkeln.“ Das Wort kann genau so auf die aufgezählten Streitobjekte angewandt werden. Hinsichtlich der Abrüstungsfrage fügte Nutting allerdings hinzu: „aber die Anzeichen scheinen gut.“ Vielleicht hat er recht, doch diese Zuversicht kann man jedenfalls auf die meisten anderen Gefahrenherde nicht ausdehnen.

Marokko eine Mahnung

Niemand weiß heute, ob und wie sich das alles zwischen Formosa und Gibraltar lösen wird. Nur eines ist sicher: man kann das, was in der Welt in Bewegung geraten ist, vielleicht mit Gewalt abstoppen, aber immer gelingt es nur vorübergehend. Nachher entwickelt es sich um so heftiger und bedrohlicher; dagegen hilft auch waffentechnische Übermacht nicht. Marokko insbesondere ist deshalb nicht nur für Frankreich eine Lehre, sondern für alle. Und es ist eine Mahnung nicht nur in bezug auf die neu erwachten Völker, sondern in bezug auf alle Völker in der Welt, die in einem unnatürlichen Zustand leben müssen. Eine Mahnung also auch in bezug auf das geteilte Deutschland. Sicher, wir sind keine Berber und Marok-

kaner, uns fehlt der Fanatismus und noch mehr der Fatalismus, der den Orientalen das Leben und den Tod leichter nehmen läßt. Aber auch in Mitteleuropa kann die Volksstimmung explodieren, wie der 17. Juni 1953 gezeigt hat. Auch Mitteleuropa kann von der verhinderten Sehnsucht nach staatlicher Einheit in einem brodelnden Unruhe- und Gefahrenherd verwandelt werden, wenn erst Verzweiflung über die Vernunft kommt. Um so mehr, wenn sich andere Kräfte und Mächte interessieren.

Eisenhower korrigiert

Kürzlich ist in einem Ostberliner Verlag in hervorragender Ausstattung zu einem lächerlich niedrigen Preis ein historischer Roman erschienen über einen der bekanntesten militärisch-politischen Führer im preußisch-deutschen Kampf gegen Napoleon, über den General von Gneisenau. In diesem Buch findet man kaum Andeutungen kommunistischen Klassenkampfes. Dafür um so mehr aber einen Lobgesang auf preußisch-deutschen Patriotismus. Das Buch hätte auch im kaiserlichen Deutschland erscheinen können. Da es im kommunistischen Machtbereich erschienen ist, wo nichts ohne sorgsame Prüfung gedruckt wird, steckt ein wohlüberlegter Sinn dahinter. Es kann nur der sein, das Nationalempfinden und schließlich den Nationalismus für die kommunistischen Absichten in Deutschland nutzbar zu machen.

Eben solche und ähnliche Hintergedanken in unserem und in anderen Fällen zeigen die verborgenen Gefahren, die für Ruhe und Frieden der Welt bestehen, solange nicht die Großmächte den betroffenen Völkern den Weg freigeben zu einer Entwicklung nach eigenem Willen. Seit der Genfer Julikonferenz war die Furcht aufgestiegen, die Weltmächte könnten dem Irrtum erliegen, Frieden ließe sich durch Erstarrung, durch Einfrieren der derzeitigen Gegebenheiten erreichen. Um so bemerkenswerter ist die eindeutige Erklärung des amerikanischen Präsidenten am vergangenen Mittwoch — wir berichteten ausführlich darüber —, daß die Vereinigten Staaten „immer daran festhalten werden, daß es einen wahren Frieden

nicht geben kann, wenn damit die Akzeptierung eines Status quo verbunden ist“. Eisenhower hat, diese Feststellung noch unterstrichen mit dem Satz: „Das ausschließliche Bemühen, einen Krieg zu vermeiden, kann — wenn wir bei diesem einen Wunsch stehenbleiben — dazu führen, daß Ungerechtigkeit und Unrecht unserer Tage in offenem oder stillschweigendem Einvernehmen auch in Zukunft weiterbestehen.“ Mit dieser Ablehnung eines Friedens um jeden Preis — eines Friedens, der eben in Wirklichkeit kein Frieden wäre — hat Eisenhower ausdrücklich die Ablehnung der Teilung Deutschlands verbunden. Und der britische Premierminister Eden hat auch diese Haltung bekräftigt mit der Feststellung, daß es in Europa keine Sicherheit geben kann, solange Deutschland geteilt ist. Das alles ist eine Sprache, die das Verhältnis zwischen der Entspannungspolitik und den Realitäten wieder zurechtrückt, also eine realistische Sprache.

Ein Rückschlag?

Wie die Lenker der Sowjetpolitik auf diesen Realismus reagieren, hat sich bisher nicht gezeigt. Der Kreml hat sich in der vergangenen Woche recht schweigsam verhalten, wenn man von der Bukarester Rede Chrustschows abseht. In seinen Ausführungen findet sich ein pikantes Bekenntnis zur Politik der Stärke, natürlich der eigenen Stärke. „Alles dies“, so zitiert das Zentralorgan der SED den sowjetischen Parteichef, „verpflichtet uns, den Kampf um die Festigung der Stärke unserer Länder fortzusetzen, ohne Kräfte und Mittel bei der Entwicklung und Stärkung unserer Wirtschaft zu schonen.“

Kündet sich in diesen Äußerungen Eisenhowers und Chrustschows ein Rückschlag der Entspannungspolitik an? Wir glauben es nicht. Sowohl Eisenhower wie Chrustschow haben sich an den neuen friedlichen Umgangston gehalten. Chrustschow hat sich wiederum zu internationaler Zusammenarbeit, Verhandlungen und Vertrauen bekannt. Und Eisenhower hat die bisherige sowjetische Politik immerhin als das Ergebnis einer

Fortsetzung nächste Seite

Hochdruck in Bonn

Reisevorbereitungen des Kanzlers erreichten Höhepunkt

Bonn (Eigenbericht). Nachdem sich Bundeskanzler Dr. Adenauer während seines sechswöchigen Urlaubs offensichtlich gut erholt hat, wird nun in Bonn mit Hochdruck an der Vorbereitung der Moskareise gearbeitet. Die weitaus wichtigste Besprechung in diesen Tagen dürfte die zwischen Adenauer und dem amerikanischen Unterstaatssekretär Merchant sein. Da in Moskau auch über die Frage der Wiedervereinigung gesprochen werden soll, die in Kürze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bei der Genfer Konferenz der Außenminister wieder erörtert werden wird, besteht nach Bonner Auffassung die Notwendigkeit, in diesen Tagen schon eine einheftliche deutsch-alliierte Verhandlungslinie in bezug auf dieses Problem festzulegen. Diesem Zweck dürfte die Unterredung mit Merchant dienen.

Man glaubt in Bonn, daß es kein Zufall ist, wenn anlässlich der Abfahrt Merchants von Washington ein angeblicher amerikanischer Plan bekannt wurde, der weitgehend mit dem Genfer Vorschlag des britischen Premierministers Eden für die Wiedervereinigung Deutschlands übereinzustimmen scheint. Danach sollten die Streitkräfte in bestimmten Zonen beiderseits des Eisernen Vorhangs stufenweise abgebaut werden. In Bonn wurde zunächst nur die Tatsache begrüßt, daß sowohl Großbritannien als auch die USA an

der bisherigen außenpolitischen Linie festhalten wollen, internationale Vereinbarungen über ein Sicherheitssystem nur im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands treffen zu wollen. Zu den konkreten Vorschlägen hat man sich in Bonn bisher nicht geäußert, was auf den inoffiziellen Charakter der Verlautbarungen und auf die abwartende Haltung zurückzuführen ist, die man in Bonn vorerst bewahren will.

Die Bundesregierung ist nun bemüht, ihre Moskauer Verhandlungslinie mit den Fraktionen des Bundestages abzustimmen. Es bestehen aber keine Illusionen darüber, daß dies in bezug auf die Opposition kaum möglich sein wird, weil die SPD

nach wie vor den Standpunkt vertritt, die Bundesregierung müsse die Pariser Verträge als Opfer für die Wiedervereinigung anbieten — was sie zweifellos nicht tun wird. Dennoch scheint eine Annäherung der Standpunkte möglich, wenn die Bundesregierung etwa auf der Linie des Eden-Vorschlags vorgehen würde. Damit könnte sich schließlich auch die Opposition einverstanden erklären.

Gerätselt wird immer noch über die Reisebegleitung des Kanzlers. Wie man hört, wurde der SPD-Vorsitzende Ollenhauer nicht zur Mitfahrt eingeladen. Wenn Ollenhauer aber in Bonn bleibt, wird auch der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler nicht mitfahren können, obwohl er am Montag in Unterredungen mit Brentano und Adenauer diesen Wunsch sehr nachdrücklich vortragen hat. Bleiben die Parteichefs zurück, dann wird sich die Beteiligung von Politikern eben auf den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses, Kurt Kiesinger (CDU), und seinen Stellvertreter, Prof. Carlo Schmid (SPD), beschränken. Ob auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates an der Reise teilnehmen wird, ist noch ungewiß.

Welt in Unruhe

Fortsetzung von Seite 2

„Mischung aus Mißtrauen und Furcht“ zu verstehen und zu erklären versucht. Einstweilen kann man die Hoffnung haben, daß in der Politik zwischen West und Ost nach der Entspannung der Atmosphäre nun der Wille zur Geltung kommt, die Wirklichkeit zu entwickeln. Das wäre jedenfalls realistische Politik.

Die Zukunft wird zeigen, ob diese Hoffnung berechtigt, ob insbesondere die sowjetische Politik in diesem Sinne realistisch ist. Die Rede Eisenhowers ist geeignet, den Sowjets zu zeigen, daß sie mit einer Politik des deutschen Status quo nicht weiterkommen. Damit ist die deutsche Frage gegen eine negative Entwicklung bis zu einem gewissen Grade abgeschirmt. Wie die deutsche Frage in positive Entwicklung gebracht werden kann, das allerdings ist offen und liegt zunächst im Schoße der Moskauer Begegnung.

Eigenheime erhalten Vorrang

Umstellung im sozialen Wohnungsbau

Bonn (Eigenmeldung). Die beträchtlichen Geldmittel, die die Bundesrepublik jedes Jahr für den sozialen Wohnungsbau bereitstellt, sollen zukünftig in erster Linie für den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen verwandt werden. Noch in diesem Jahr will der Bundestag ein Gesetz verabschieden, das diesen Grundsatz enthält.

Unmittelbar nach den Parlamentsferien wird der Parlements-ausschuß für den Wohnungsbau die Beratung des neuen Gesetzes aufnehmen.

Bei den ersten Beratungen des Ausschusses im Frühjahr wurde beschlossen, folgende Eigenleistungen als Voraussetzung für

die Gewährung eines Rechtsanspruchs festzulegen: Bei einem Jahreseinkommen bis zu 3000 DM 10 Prozent Eigenleistung zu den Baukosten, bei einem Einkommen bis zu 6000 D-Mark 20 Prozent Eigenleistung und bei einem Einkommen bis zu 9000 DM 30 Prozent Eigenleistung.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Lücke, hat den Vorschlag gemacht, daß kinderreichen Familien ein öffentlicher Beitrag von etwa 800 DM pro Kind gegeben werden soll, der dann zum Eigenkapital hinzugerechnet würde. Andere Abgeordnete haben vorgeschlagen, alle Wohnungen für junge Familien vorsorglich mit zwei Kinderzimmern auszustatten.

Politische Panne in Helsinki

Merkwürdiger Beschluß der Interparlamentarischen Union

Helsinki (Eigenmeldung/DPA). Der 44. Kongreß der Interparlamentarischen Union (IPU) hat einen Beschluß gefaßt, der in Kreisen der deutschen Teilnehmer äußerstes Befremden auslöste. Der Kongreß stimmte mit 388 gegen 29 Stimmen bei 89 Enthaltungen einem Zusatz zu den Aufnahmebedingungen zu, wodurch es möglich ist, daß gleichzeitig die Bundesrepublik und die Sowjetzonenrepublik sowie Nationalchina und Rotchina Mitglied der Union sind.

Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid, der die Delegation der Bundesrepublik führt, kündigte an, daß er als Vorsitzender der Gruppe der Bundesrepublik zurücktreten werde, wenn die Sowjetzone in die IPU aufgenommen wird.

Die bisherigen Bestimmungen besagen, daß jedes Land nur durch eine parlamentarische Gruppe vertreten sein kann. Die Bundesrepublik gehört der Union seit längerem an. In dem Zusatz heißt es jetzt, daß die Interparlamentarische Union aus „nationalen Gruppen, die in Parlamenten konstituiert wurden“, bestehen kann. Die Entscheidung über Aufnahmeanträge trifft, wie bisher, der Exekutivausschuß der IPU.

Carlo Schmid erklärte weiter, er glaube nicht, daß die Sowjetzone aufgenommen werde. Er

sagte: „Deutschland kann nicht durch zwei, sondern nur durch eine parlamentarische Gruppe vertreten sein.“

DT. Für alle frei gewählten deutschen Parlamentarier wäre es eine Zumutung, sich mit den „Parlamentariern“ der Sowjetzone im Rahmen der Interparlamentarischen Union zusammenzusetzen. Die Delegierten, die nach vorliegendem Bericht die

Aufnahme von Vertretern Pankows ermöglicht haben, demonstrieren damit ein erstaunliches Maß von Einsichtslosigkeit und Uninformiertheit über die Realitäten im heute gespaltenen Deutschland. Entweder ist man sich über die Unmöglichkeit einer freundschaftlichen Koexistenz zwischen Bonn und Pankow nicht voll im klaren, oder die Genfer Entspannungsatmosphäre hat mit ihren Theorien die Gemüter derart vernebelt, daß man die leider noch bestehenden bösen Tatsachen einfach nicht mehr sehen will.

Die Parlamentarier, die in Helsinki aus aller Welt zusammengekommen sind, müssen sich vor einem endgültigen Beschluß klar darüber werden, ob sie künftig lieber mit sowjetzonalen oder westlichen Politikern verkehren wollen.

Atom-Vertrag mit Amerika

Bundesregierung will Forschung fördern

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesrepublik wird demnächst einen Atomenergie-Vertrag mit den Vereinigten Staaten abschließen und danach den Versuch machen, selbst in die Reihe der „Atomgroßmächte“ aufzurücken.

Gesandter Ophuels, der diese Ankündigung in Bonn machte, fügte hinzu, diese große Aufgabe werde voraussichtlich nur in Zusammenarbeit mit den anderen westeuropäischen Ländern bewältigt werden können.

Die Bundesrepublik werde daher die Verhandlungen mit den Teilnehmerstaaten der Montanunion über die Schaffung europäischer Einrichtungen auf dem Gebiet der Atomenergie fortsetzen. Die Inangriffnahme der Forschungen und sonstigen Arbeiten im Bundesgebiet werde aber dadurch nicht aufgehalten.

Ophuels wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten schon mit 23 Staaten einen Standardvertrag über die friedliche Ausnutzung der Atomenergie abgeschlossen haben. Diese Verträge bilden die Voraussetzung dafür, daß die USA den betreffenden Staaten Atomenergieanlagen und spaltbares Material überlassen. Auch die Bundesrepublik will ein oder zwei Atomreaktoren kaufen. Allerdings enthielten die Verträge eine Klausel, nach der die Empfänger das Uran nicht aus dem Atommeiler entnehmen dürfen und ihre Erfahrungen beim Betrieb des Meilers den Vereinigten Staaten mitteilen müssen.

Alle Versuche gescheitert

Noch keine Regelung mit der Warschauer Kirchenleitung

Marburg (epd). Um die zwei- bis dreihunderttausend deutschen evangelischen Christen, die heute noch in polnisch besetzten Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie leben, wirkungsvoll unterstützen zu können, sei eine Regelung mit der Warschauer Kirchenleitung dringend erforderlich.

Dies teilte Prof. Kruska, der Leiter des „Kirchendienstes Ost“, in einem Vortrag in Marburg mit. Leider, so fügte Prof. Kruska hinzu, seien aber alle Versuche in dieser Richtung, die Bischof Dibelius und die Synode der Evangelischen Kirche der Union unternommen hätten, bisher gescheitert. Schwerer als alle materielle Not laste die innere Einsamkeit und die Sorge um die ungewisse Zukunft auf den Glaubensbrüdern im Osten. Trotzdem herrsche in vielen Orten ein lebendiges Gemeindeleben.

In Pommern, so teilte Prof. Kruska mit, scheine es gelungen

zu sein, mehrere evangelische Kirchen für Gottesdienste frei zu bekommen. Aus den Gebieten von Danzig, Westpreußen und Posen lägen Nachrichten vor, daß auch polnische Pastoren in aufreißendem Reisedienst deutsche Gemeindeglieder besuchten. Hier und da hielten sie auch Abendmahlsgottesdienste in deutscher Sprache. Die in Ostpreußen tätigen Pastoren der evangelisch-augsburgischen Kirche würden jedoch nur die polnische Sprache benutzen. Mit den sowjetisch besetzten Teilen Ostpreußens gibt es überhaupt keine Verbindung.

Streiks als Anlaß zur Hetze

Schadenfroher Beifall in der Ostpresse — 17. Juni wurde vergessen

D.T. Die Streiks in Hamburg und Kassel, die sich inzwischen auch auf einige andere Betriebe ausgedehnt haben, waren, wie vorauszusehen, Wasser auf die Mühlen der SED. Ihre Blätter wurden nicht müde, täglich ausführlich über die Entwicklung zu berichten und in ihren Leitartikeln zu schüren und zu hetzen, wie sie es lange nicht getan haben.

Es ist bedauerlich, daß es bisher nicht überall gelungen ist, die Bemühungen um die Beilegung der Streiks zu einem Erfolg zu führen. Kündigungen, Aussperrungen usw. hatten noch eher eine Verschärfung in die Auseinandersetzung getragen, die man nicht auf die leichte Schulter nehmen sollte. Man sieht, wie wichtig die menschlichen Beziehungen im Betrieb geworden sind.

Die Abschlüsse der Gesellschaften haben im allgemeinen gezeigt, daß gut verdient worden ist, und noch wird. Das hat sich zum allerwenigsten in den Dividenden ausgeprägt, weit mehr in dem Lohnkonto und bei den gesetzlichen und freiwilligen sozialen Aufwendungen, die teilweise 25 bis 30 v.H. der Lohnaufwendungen betragen.

Was verschwiegen wird

Das wird von der Ostpresse selbstverständlich verschwiegen. Nach ihr sind die Arbeiter in der Bundesrepublik ausgebeutete Elendssklaven der Konzernherren trotz Betriebsrat, trotz Gewerkschaften, die zu deren Knechten degradiert werden, trotz Tarifen, die, wie leicht zu beweisen ist, dauernd heraufgesetzt wurden und noch werden. Im Osten herrscht natürlich das Paradies. Den 17. Juni, an dem sich der Ingrim über die Arbeitsnormen und über die Auspünderung Luft machte, hat man völlig vergessen, und ebenso auch die Niederschlagung der damaligen Streikbewegung mit Panzern und jahrelangen Zuchthausstrafen und allen jenen Maßnahmen, die eine Wiederholung unmöglich machen.

„Wilhelm-Pieck-Aufgebot“

Jetzt ruft man überall in der Sowjetzone zum Wilhelm-Pieck-Aufgebot auf, das heißt zum verschärften Wettbewerb für die vorzeitige Erfüllung des Wirtschaftsplanes zur Hebung der Qualität und zur Beseitigung des Ausschusses. Selbst-

verständlich haben sich die Belegschaften in „Scharen“ gemeldet. Wenn dem so wäre, brauchte man nicht erneut zu trommeln und die Funktionäre der Gewerkschaften, der Arbeiterbrigaden der FDJ usw. aufzurufen, um das Wilhelm-Pieck-Aufgebot zum Erfolg zu bringen. Daß das nicht ohne neue Anforderungen an die Arbeiterschaft geht, ohne Normenerhöhung, ohne Opferung der Freizeit, die auch den Sonntag noch mit einbezieht, ist klar, um so mehr, als die Maschinen, die der Leistungssteigerung dienen könnten, nicht vorhanden sind.

Die Rentabilität soll auch erhöht werden. Davon ist seit Jahren die Rede. Aber immer noch arbeiten sehr viele VE-Betriebe mit Verlust, keineswegs infolge der „hohen“ Löhne oder der sozialen Leistungen. Wenn in irgendeinem Betriebe drüben für die Belegschaft eine Badewanne aufgestellt wird, dann ist das eine soziale Errungenschaft ersten Ranges. Wenn

aber im Westen Hunderte von Millionen für Wohnungen, Lehrlingsheime, Erholungsmöglichkeiten usw. ausgegeben werden, oder mit vielen Millionen die Altersversorgung gesichert wird, dann ist das natürlich Ausbeutung. Gegenüber den so bescheidenen Wirtschaftsplänen mit Produktionserhöhungen von 5 v. H., um deren Erfüllung gerungen werden muß, weil alles zur höheren Leistung fehlt, im besonderen die ausreichende Versorgung der Belegschaften selbst, wird völlig vergessen, daß nach dem starken Zuwachs in den Vorjahren in der Bundesrepublik das Sozialprodukt im ersten Halbjahr um weitere 12 v. H. zunahm und die Löhne entsprechend erhöht wurden.

Freiwilliger Zwang

Es wird auch viel von der „Freiheit“ geredet. Wir kennen diese Art Freiheit noch von früher und wissen, welche Gefahren der „freiwillige Zwang“ bei Nichtgehören in sich birgt. Die Freiheit im Westen, wie sie durch den Streik zum Ausdruck kommt, wurde von der Ostpresse über die Maßen gefeiert. In der Zone aber würden Streikende als Volksverräter und Saboteure ins Zuchthaus gesteckt.

Größerer Umsatz, weniger Arbeitslose

In Westberlin geht es weiter aufwärts

Berlin (Eigenmeldung). Der Umsatz der Westberliner Industrie war im Juli mit 377,9 Mill. D-Mark um 1,2 Prozent höher als im Juni. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Juli um weitere 4100 Arbeitskräfte zu (um 1,7 Prozent).

Gegenüber Juli 1954 ist die Zahl der Beschäftigten um 34 000 gestiegen, der Umsatz um 20 Prozent. Der Export stieg von 23 Mill. DM im Juli 1954 auf 42,8 Mill. DM im Juli 1955.

Bischofskonferenz beendet

Fulda (AP/DPA). Die Fuldaer Bischofskonferenz ist mit einer Andacht im überfüllten Bonifa-

tius-Dom zu Ende gegangen. Der Bischof von Speyer, Immanuel, sagte in seiner Predigt, das schwerste Kreuz hätten die Bischöfe aus dem Osten zu tragen.

Heinrich Spoerl †

Rottach-Egern (DPA). Der Schriftsteller Heinrich Spoerl ist am Tegernsee im Alter von 68 Jahren gestorben. Seine erfolgreichsten Bücher waren: „Die Feuerzangenbowle“, „Der Maulkorb“, „Wenn wir alle Engel wären“ und „Der Gasmann“.

„Delegierte“ statt Eltern

SED-Funktionäre überwachen den Schulunterricht

Der SED-Beschluß, die Kontrolle des Schulunterrichts künftig weitestgehend „Delegierten“ volkseigener Großbetriebe und politischer Organisation zu übertragen, beginnt verheerende Auswirkungen anzunehmen. Die Elternversammlung wird ganz systematisch abgebaut. An ihre Stelle treten laufende Störungen des Unterrichts durch SED- und FDGB-Funktionäre, die aus jeder behinderten Schulstunde eine politische Kinderversammlung zu machen pflegen. Selbst FDJ-Lehrer beginnen sich gegen diese Methode aufzulehnen.

Bekanntlich kontrollieren seit einigen Monaten „fortschrittliche Arbeiter“ aus VEB und politischen Massenorganisationen in festgelegtem Turnus den sowjetzonalen Schulunterricht. BGL-Vorsitzende, Parteisekretäre und „Kulturbeauftragte“ überzeugen sich von der „politisch einwandfreien“ Lehrmethode der Erzieher. Ihr Hauptaugenmerk richten sie auf die Lehrmethoden älterer, ausgebildeter Pädagogen, deren Unterrichtsweise sie durch Stichfragen an die Kinder überprüfen.

Spitzel-Erziehung

So werden die Kinder beispielsweise gefragt: „Was hat euch Euer Lehrer über die Genfer Konferenz erzählt?“ „Was wißt ihr aus dem Unterricht

über das Leben der sowjetischen Jungpioniere?“ Oder: „Habt ihr über die Pläne der westdeutschen Kriegstreiber und Rüstungsmillionäre gesprochen, die eine Beseitigung der Zonengrenzen verhindern möchten?“

Zu regelrechten Spitzeldiensten werden die Kinder aufgefordert, wenn ihnen der Betriebsdelegierte erklärt: „Wenn ihr mal irgendeine Frage habt oder ihr im Unterricht nicht genügend über die großen Ereignisse in unserer Republik oder in der Welt erfahrt, dann kommt ruhig zu uns in den Betrieb!“

So wurden Kinder als „Gäste“ zu Betriebsversammlungen eingeladen, auf denen man sie regelrecht über die politische Einstellung der Lehrer ver-

hörte. Anderen wurden Fragen mit auf den Weg gegeben: „Sieh' mal zu, was der Lehrer euch dazu sagt. Kannst es uns ja nächstes Mal erzählen!“

Unverfängliche Fragen

Vielfach fragen diese Funktionäre die Kinder auch über die politische Meinung ihres im gleichen Betrieb beschäftigten Vaters aus. Da die Fragen oft ganz unverfänglich gestellt werden, fallen die Kinder natürlich prompt darauf herein. Andererseits haben die Eltern kaum noch die Möglichkeit, sich mit den Erziehern ihrer Kinder zu unterhalten. Bei jeder Elternversammlung drängen sich die inspizierenden Funktionäre und DFD-Frauen dazwischen, um solch eine Versammlung zu einer politischen Lektion für Eltern zu gestalten. Die Kinder selbst werden in seelische Konflikte gebracht, die logischerweise ihre schulische Weiterbildung behindern.

Die Sänger von Finsterwalde

Berlin (Eigenmeldung). In großer Aufmachung berichteten mehrere Ostzeitungen, das aus 69 Mitgliedern bestehende Kulturensemble des VEB Feintuch aus Finsterwalde sei auf Anordnung des nordrhein-westfälischen Innenministers Meyers in Rheydt verhaftet worden.

Das Ensemble soll, wie die Ostpresse weiter meldet, auf Einladung des Freien Deutschen Sängerbundes Rheydt und des Volkshorch Duisburg-Hochfeld nach Rheydt gekommen sein. Nach mehrfachen Verhören seiner Mitglieder durch die Kriminalpolizei sei das Ensemble aus der Bundesrepublik ausgewiesen worden.

Tatsache ist, daß es sich bei den „Sängern aus Finsterwalde“ um FDJler handelte. Die Mitglieder der Gruppe hatten ihre FDJ-Hemden bei sich. Da diese kommunistische Jugendorganisation im Bundesgebiet verboten ist, sah sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zum Einschreiten gezwungen. Außerdem hatte die Gruppe nur die Genehmigung für eine Aufführung, beschloß jedoch, noch eine ungenehmigte abzuhalten. Das Kultur-Ensemble wurde einige Stunden festgesetzt und dann in Begleitung von Kriminalpolizisten über Helmstedt in die Sowjetzone abgeschoben.

Neue Entführung

Gewaltsam in den Ostsektor verschleppt — Motive unbekannt

Berlin (Eigenbericht). Einen neuen Menschenraub hat die Abteilung V des Polizeipräsidiums aufgedeckt. Die 23jährige Christel Noack aus der Voltastraße 15 (Gesundbrunnen) wurde am Sonntag, dem 7. August von drei SSD-Agenten an der Bernauer Straße über die Sektorengrenze gezerrt und ist seitdem verschwunden. Vor dem Verbrechen war das Opfer durch Alkohol willenlos gemacht worden.

Nach tagelangen Ermittlungen gelang es der Kriminalpolizei, zwei Täter — die 22jährige Gertraud Bachmann aus Kreuzberg und den 18jährigen Peter Voß aus dem Ostsektor — festzunehmen. Beide haben bei der Vernehmung ein umfassendes Geständnis abgelegt. Christel Noack entführt zu haben. Ein dritter Täter, „blonder Lothar“ oder „Sohni“ genannt, konnte sich bisher der Festnahme durch

die Flucht in den Ostsektor entziehen.

Brüder als Geiseln

Wie sich herausstellte, hatte der SSD im Juni zwei Brüder der entführten Christel Noack, den 23jährigen Horst und den 26jährigen Kurt, in einem Lokal im Ostsektor als Geiseln verhaftet. Später trat der SSD an die „Freundin“ von Horst Noack, der späteren Entführerin Gertraud Bachmann, heran und sagte ihr zu, daß ihr Freund Horst und dessen Bruder freigelassen würden, wenn sie deren Schwester Christel dem SSD zuleite.

Rätselhaft ist das Motiv der Verschleppung. Selbst den Eltern der Entführten ist es unerklärlich, weshalb der SSD ein solches Interesse an Christel hat. Welches Motiv auch hinter diesem neuen Fall stehen mag — es bleibt der Tatbestand einer gewaltsamen Entführung.

„Kultura“

Eines der ältesten Kulturdenkmäler Berlins, das 500 Jahre alte Patrizierhaus am Hohen Steinweg 15 (Ostsektor) fällt den Spitzhacken der Abrißarbeiter zum Opfer. Wertvolles Kulturgut muß nach Ansicht der Baufunktionäre zerstört werden, „damit nichts die Rasenfläche vor dem Roten Rathaus störe“, schreibt die Ostberliner „BZ am Abend“. Es wird trotz scharfer Proteste der Bevölkerung beseitigt; denn für unsere an historischen Bauten so arme Stadt ist die Vernichtung des alten gotischen Hauses ein unersetzlicher Verlust. Nun, daß Proteste die Ostberliner Behörden nicht erschüttern können, haben sie oft genug bewiesen. Aber das Patrizierhaus steht unter Denkmalsschutz. Das heißt in einem Rechtsstaat, daß der Schutz und der Bestand des Denkmals durch das Gesetz gesichert ist. Daß eine Zerstörung des Denkmals eine Verletzung positiven Rechts bedeuten und entsprechend durch

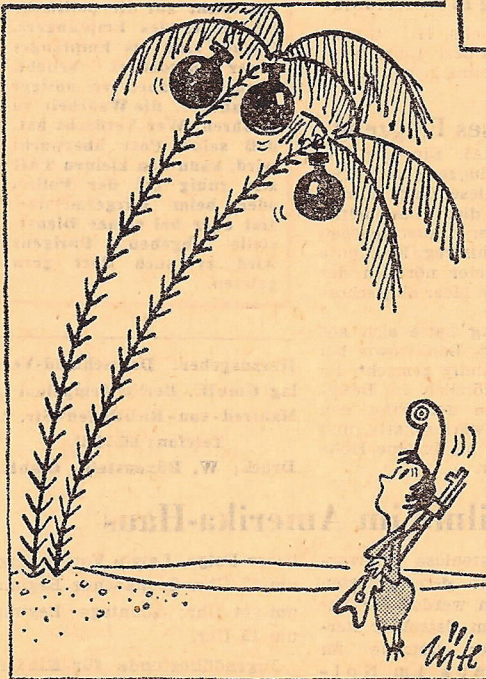


„Die Reise des Bundeskanzlers rückt immer näher, bis auf weiteres macht ihr erst mal Urlaub.“

die Gerichtsbehörden geahndet würde. Die Tatsache der Zerstörung des Patrizierhauses kennzeichnet die Achtung der ostsektoralen Behörden vor kulturellen Leistungen. Der angebliche Respekt vor der Tradition ist also doch nur Scheinheiligkeit. Wie mit diesem Fall bewiesen.

Mahnmal fertiggestellt

Berlin (Eigenmeldung). Die Arbeiten für ein Mahnmal, das am 10. September anlässlich des „Tages der Deutschen“ auf dem Reichskanzlerplatz in Westberlin enthüllt werden soll, sind jetzt abgeschlossen. Das von dem Bamberger Bildhauer Diesener entworfene Denkmal, ein monumentaler Block aus Muschelkalk, trägt eine Flammenschale und die Inschrift „Freiheit — Recht — Friede“. Eine Flamme soll als Symbol der Anliegen der Heimatvertriebenen lodern, bis die deutsche Einheit und das Recht auf Heimat verwirklicht sind.



Früchte in Nordafrika

Eine Keltenstadt in Oberbayern

Hunderte von Kisten mit aufschlußreichen Bodenfunden

Ingolstadt (Sonderbericht). Im Gebiet des Dorfes Manching bei Ingolstadt in Oberbayern wurden jetzt die Überreste einer von den Römern zerstörten Keltenstadt freigelegt, deren Name noch unbekannt ist. Er kann jedoch vielleicht festgestellt werden, wenn die überreichen Ausgrabungsergebnisse des bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege wissenschaftlich ausgewertet worden sind.

Bodenfunde in Hunderten von Kisten harren gegenwärtig der Säuberung, Konservierung und näheren Untersuchung. Darunter befinden sich nicht nur keltische, sondern auch römische Gebrauchsgegenstände aller Art: Gold- und Silbermünzen, Einrichtungen zur Münzenherstellung, komplette Handwerksausrüstungen, Handmühlen, Schmelz-, Töpferwaren und prachtvolles silbernes Tafelgeschirr.

Die Hochebene zwischen den Alpen und der Donau, dem Bodensee und Inn wurde einst von keltischen Stämmen bewohnt,

die den gemeinsamen Namen Vindelici führten. Daß sie in dem heutigen Augsburg ihre Hauptstadt besaßen, war bekannt. Keine Ahnung dagegen hatte man bisher von der Existenz einer Großsiedlung, wie sie jetzt in Manching auf einer Grundfläche von fünf Quadratkilometer freigelegt wurde.

Es blieben allerdings nur die Grundrisse der einstigen Holzgebäude erhalten, darunter wahrscheinlich auch ein Tempel. Außerdem entdeckte man einen gewaltigen Ringwall, der eine Länge von acht Kilometer haben muß.

Fernsehen im Mittelpunkt

Große Rundfunk- und Fernseh-Ausstellung in Düsseldorf

Düsseldorf (Eigenbericht). Ministerpräsident Arnold eröffnete die Große Deutsche Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Ausstellung in Düsseldorf. Der Andrang war bereits in den ersten Ausstellungsstunden sehr stark. Sämtliche Hotels in Düsseldorf sind ausverkauft.

Die Stadt steht weitgehend im Banne dieser großen Industrieschau, die nur alle zwei Jahre stattfindet. Wie nie zuvor steht das Fernsehen im Mittelpunkt. Die Fernsehgeräte-Industrie, die bis 1953 auf eine Jahresproduktion von einer Million Geräten kommen will, glaubt noch in diesem Jahr über 300 000 Geräte produzieren und verkaufen zu können. Es wird eine große Saison erwartet.

In der Ausstellung zeigen 238 Firmen ihre Fabrikate. Einen Blick in die kurze, aber intensive Geschichte der Rundfunktechnik geben Sonder-schauen der Rundfunkanstalten und der Bundespost. Zu den Delikatessen gehören Stimmkonserven aus dem Lautarchiv des deutschen Rundfunks. So gehören die Stimmen von Thomas A. Edison, Mahatma

Gandhi, Wilhelm II., Gustav Stresemann, Albert Einstein — und vom Hauptmann von Köpenick.

Führerloses Flugzeug

Sydney (DPA). Ein australisches Übungsflugzeug vom Typ Auster raste dieser Tage führerlos über die dicht besiedelten Vorstädte der australischen Stadt Sydney hinweg. Es konnte erst 48 Kilometer nördlich der Stadt über dem Meer abgeschossen werden.

Das Flugzeug hatte sich auf dem Flugplatz Bankstown bei Sydney selbständig gemacht. Es setzte sich plötzlich in Bewegung, nachdem der Pilot den Propeller angeworfen hatte, und schraubte sich bis in eine Höhe von 1500 Meter.

Dornier konstruierte „Langsamflieger“

München (AP). Die erste Nachkriegskonstruktion der Dornier-Flugzeugwerke, ein einmotoriger zweisitziger „Langsamflieger“ von ungewöhnlicher Steigfähigkeit, startete auf dem Werkflugplatz Oberpfaffenhofen bei München zum ersten Probeflug in Deutschland.

Der Hochdecker vom Baumuster Do-27 wurde in Spanien konstruiert und trägt spanische Hoheitszeichen. Wesentlich ist, daß „Do 27“ wie ein Hubschrauber fast senkrecht hochsteigen und in der Luft verharren kann. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei etwa 200 Stundenkilometer.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.